

10 Rück- und Ausblick

Die vorliegende Studie hat sich intensiv den Post-Corona-Protesten in Niedersachsen gewidmet, um das seltsame Fortbestehen dieser Bewegung über das Ende der Pandemie hinaus genauer zu verstehen. Um ihre Kontinuität und anhaltenden Aktivitäten konkret erklären und abstrakt beschreiben zu können, wie sich die Bewegung in Richtung eines postpandemischen Populismus entwickelt hat, wurden ausgewählte niedersächsische Gruppen anhand verschiedener, miteinander verschränkter Ansätze und Methoden untersucht. Abschließend wollen wir zunächst die empirischen und theoretischen Erkenntnisse unserer vorliegenden Studie mitsamt ihren Limitationen rekapitulieren und wissenschaftlich einordnen, um sodann einen Ausblick auf die praktische Relevanz unserer Ergebnisse zu geben.

Erkenntnisse

Empirisch kann unsere Untersuchung dabei helfen, den Forschungsstand zu den Anti-Corona-Protesten auf zweierlei Weise zu ergänzen: *Erstens* trägt unsere Analyse zu einer zeitlichen Aktualisierung bei, indem wir die bislang kaum untersuchte postpandemische Phase der Proteste betrachten. Mit dem abnehmenden wissenschaftlichen Interesse ist hier eine Leerstelle entstanden, die eine Frage aufwirft, welche auch viele andere Bewegungen betrifft: Wie verhalten sich Bewegungsakteure, sobald sich der Protestzyklus seinem Ende zuneigt? In unserem Fall haben sich die Gelegenheitsstrukturen seit der Entstehung der Be-

wegung sukzessive verschlechtert. Wurden die Anti-Corona-Proteste schon in ihrer Hochphase während der Pandemie von einer breiten Öffentlichkeit äußerst kritisch betrachtet, wird ihren postpandemischen Überbleibseln nicht einmal mehr politische Relevanz zugesprochen. Wie unsere Analyse zeigt, hat die Post-Corona-Bewegung hierauf jedoch reagiert. Während der Pandemie geprägte Weltansichten sind in der postpandemischen Bewegung zwar weiterhin präsent, werden jedoch sowohl in Form als auch Inhalt merklich an die neue Situation angepasst. Während die Proteste, sowohl digital in sozialen Netzwerken als auch analog vor Ort, auf verschiedenen Wegen um eine unmittelbare gesellschaftliche Aufmerksamkeit ringen, stabilisieren die kommunautaire Kultur der Gruppen sowie die liturgisch vollzogenen Aktionsformen die Bewegung nach innen. Das in unserer Untersuchung angewandte integrierte Modell der Bewegungsentwicklung (vgl. Kapitel 3) kann dabei die komplexe Verbindung externer Druckfaktoren und inneren Prozessen der Anpassung und Selbststabilisierung detailliert aufschlüsseln.

Zweitens leistet die Studie eine regionale Differenzierung. Durch die Untersuchung ausgewählter Bewegungsorganisationen in Niedersachsen lässt sich erstmals ein Profil der Post-Corona-Proteste im Bundesland beschreiben. Übergreifend reklamieren die Gruppen, für die Verteidigung der Grundlagen der Demokratie einzustehen, wobei sie sich an einer aus der Pandemieerfahrung entwickelten populistischen Kritik der Demokratie orientieren. Diese gemeinsame Grundorientierung wird – sowohl thematisch als auch in ihren Aktionsformen – von den Gruppen jedoch unterschiedlich konkretisiert und ausdifferenziert. Hierbei stehen sich enge und weit gefasste Protest-Agenden sowie vermittelnde und konfrontative Dialogansätze gegenüber. Anders als etwa Baden-Württemberg (vgl. Hippert/Saul 2021) ist Niedersachsen im bundesweiten Vergleich kein Epizentrum der Anti- und Post-Corona-Proteste; dennoch sind die hiesigen Prozesse hinsichtlich Vernetzung und Verstetigung aufschlussreich: Zum einen verstehen sich die Gruppen trotz ihrer regionalen Besonderheiten als Teil *einer* Bewegung beziehungsweise *eines* (protest-)politischen Lagers, das angesichts ähnlicher Probleme und Repressionen über ideologische und strategische Differenzen hinweg solidarisch agiert; zum

anderen gibt unsere Untersuchung Einblicke in die Entwicklung der Post-Corona-Bewegung als Ganzes, indem Vernetzungsstrategien und Verstetigungsprozesse exemplarisch beleuchtet werden.

Auch aus theoretischer Sicht sind unsere Ergebnisse informativ. So können wir zur Qualifizierung bestehender Konzepte, wie etwa des Bewegungspopulismus, beitragen, indem wir die Analyse der Anti-Corona-Bewegung als eine Form des »Pandemic Populism« weiterentwickeln und dessen Ausprägung *nach* der Pandemie beschreiben. Der Begriff des postpandemischen Populismus, der sich aus den Merkmalen der untersuchten Bewegungsorganisationen ableitet, stellt weniger eine neue Kategorie als vielmehr die Qualifizierung einer spezifischen Ausformung von Populismus dar. Unsere Untersuchung zeigt, wie populistische Weltanschauungen sich an neue Gegebenheiten anpassen sowie die politische Interpretation von Politik und Tagesgeschehen beeinflussen. Im Zentrum stehen dabei zwar weiterhin die zentralen Merkmale des Populismus – die Unterscheidung in ein reines Volk und eine Elite, die diesem Volk (willentlich) zu ihrem eigenen Nutzen schadet; dennoch erweitert dieser Begriff die bisherigen theoretischen Darstellungen insbesondere um die Differenzierung der pandemischen Prägungsprozesse sowie die postpandemischen Reaktionsweisen. So haben wir, anknüpfend an Pirro und Taggart (2023), gezeigt, wie sich beim Verhältnis von Volk und Elite in den Post-Corona-Gruppen Populismus und verschwörungsideologische Vorstellungen verschränkt haben. Daraus ergeben sich nuancierte Perspektiven auf das gespaltene Verhältnis zwischen den Protestgruppen, dem Volk und der Elite, die auch identitär-demokratische Ansprüche reflektieren, die populistische Akteure vertreten. Wir konnten dokumentieren, wie sich Gruppen aus ihrer pandemischen Prägung heraus entwickeln und versuchen, diese sowohl inhaltlich als auch kommunikativ zu überwinden.

Anknüpfungspunkte

Selbstverständlich weist unsere Studie auch Begrenzungen auf, an die wiederum zukünftige Forschungsarbeiten zum Thema sinnvoll an-

schließen können. Zunächst ist die Untersuchung regional begrenzt, was naturgemäß die Generalisierbarkeit der Ergebnisse einschränkt. Vorangegangene Forschung in anderen Bundesländern (Fröhlich/Ranft/Vollmann 2023) wie auch die von uns gefundene Struktur der Post-Corona-Proteste in Niedersachsen – mit lokalen, gut vernetzten Kleingruppen – legen zwar die Vermutung nahe, dass sich in anderen Regionen ähnliche Entwicklungen vollzogen haben. Inwieweit dies tatsächlich zutrifft und ob sich in anderen Regionen eventuell andere Bewegungskonstellationen entwickelt haben, muss jedoch im Forschungszyklus anderweitig untersucht werden.

Der qualitative Ansatz unserer Untersuchung hat vertiefte Einblicke in die regionalen Konfigurationen der Bewegung in Niedersachsen geben können. Eine umfassendere Untersuchung, deutschlandweit oder an spezifischen Hotspots durchgeführt, könnte die anhand der Entwicklungen im hiesigen Bundesland entwickelten Differenzierungen sinnvoll vertiefen und ergänzen. Zudem könnten quantitative Ansätze beziehungsweise Big-Data-Analysen, insbesondere durch die Auswertung digitaler Daten – etwa die *Telegram*-Netzwerke der Bewegung –, vorliegende Forschung aufschlussreich erweitern und zu einem besseren Verständnis des Phänomens beitragen.

Weitere Limitationen unserer Forschung ergeben sich zum einen aus unserem bewegungsorientierten Fokus auf Post-Corona-Proteste. Inwiefern sich der postpandemische Populismus auch in anderen Bewegungen oder in politischen Parteien niederschlägt, muss an anderer Stelle untersucht werden. Zum anderen stellt sich – gerade mit Blick auf die von uns diagnostizierte organisatorische Fragilität und strategische Ausweglosigkeit der Post-Corona-Proteste – natürlich die Frage, inwiefern die untersuchten Bewegungsorganisationen auch nach unserem Untersuchungszeitraum noch aktiv sind. Ein cursorischer Blick in die *Telegram*-Kanäle der von uns untersuchten Gruppen weist zwar darauf hin, dass sie ihre Aktivitäten noch immer fortsetzen. Welche Anpassungen und Wandlungen sie seit unserem Untersuchungszeitraum vollzogen haben, kann jedoch nur eine Detailuntersuchung zeigen.

Ein weiterer Komplex an Forschungsfragen ergibt sich unterhalb der Analyse von Bewegungen als kollektiven Akteurinnen auf Individual-

ebene der Aktivist:innen. Unser ethnografischer Ansatz kann Hinweise auf gemeinsame Prägungs- und Motivationsfaktoren der noch aktiven Bewegungsakteure liefern. Hiervon ausgehend erscheint einerseits eine intensivere Auseinandersetzung mit den Narrativen und Emotionen lohnenswert, die diese Bewegungen überraschend dauerhaft antreiben und beispielsweise anhand qualitativer und biografischer Interviews erschlossen werden könnten. Andererseits könnte eine Untersuchung von bereits demobilisierten ehemaligen Aktivist:innen weiteren Aufschluss über die spezifischen Voraussetzungen und Hintergründe einer Fortsetzung oder eines Abbruchs der Aktivitäten in der Post-Corona-Bewegung geben.

Darüber hinaus lassen sich die Post-Corona-Proteste im breiteren Kontext gesellschaftlicher Veränderungen betrachten – dies wiederum könnte die Analyse sozialer, wirtschaftlicher und politischer Faktoren umfassen, die sich während und nach der Pandemie stark verändert haben. Die Untersuchung kleiner Protestgruppen – als mögliche Seismografen für Debatten und Auseinandersetzungen in der politischen Arena – verspricht Einblicke in politisierte Themen beziehungsweise die Politisierung von Themen. Weitere Untersuchungen könnten analysieren, inwiefern die postpandemische, populistische Linse – durch die jegliche politische Entwicklung betrachtet und bewertet wird – in anderen politischen Gruppierungen sowie in nicht dezidiert politischen Zusammenhängen zum Ausdruck kommt.

Was sich aus den Protesten lernen lässt

Ausgehend von unserer wissenschaftlichen Perspektive stellt zudem sich die Frage, welche praktischen Lehren sich aus unserer Studie ziehen lassen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der knapp fünf Jahre nach Beginn der Coronapandemie eingesetzten Enquete-Kommission, die im September 2025 ihre Arbeit aufgenommen hat. Diese ist mit der »Aufarbeitung der Corona-Pandemie« betraut und soll »Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse« erarbeiten (Deutscher

Bundestag 2025), die auch die Kommunikation von Maßnahmen sowie den Umgang mit aufkommenden Protesten betreffen könnten.

Dass gesellschaftlich noch vieles aufzuarbeiten ist, wurde parallel zur Einsetzung der Enquete-Kommission auch medial intensiv debattiert. So kritisierten etwa Schüler:innen und Lehrkräfte gegenüber dem WDR, dass aus der plötzlichen Schließung von Schulen und der Umstellung auf Online-Unterricht verschiedenste Probleme hervorgegangen seien (vgl. Osthoff 2025). Schließlich habe es in vielen Haushalten an einer (ausreichenden) Internetverbindung gemangelt und insgesamt sei viel Unterrichtsstoff verpasst worden. Kurzum: Der Unmut über die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie und die damit verbundenen Folgen hallt gesellschaftlich und publizistisch jedenfalls nach. Der Sozialwissenschaftler Sebastian Wolf befand schon 2022: »Betrug, Korruption und politisch-administrative Misswirtschaft sind auch und gerade in der Corona-Pandemie nicht immer leicht auseinander zu halten« (Wolf 2022: 86). Von Betrugsfällen in Testzentren über »umstrittene Beschaffungsentscheidungen« (Deutschlandfunk 2025) für Schutzmasken durch den damaligen Gesundheitsminister Spahn bis hin zu als unangemessen drastisch bewerteten Einzelmaßnahmen insbesondere Kindern und Jugendlichen gegenüber bergen etliche Aspekte der Corona-Politik nach wie vor enorme gesellschaftliche Sprengkraft.

Dies gilt auch übergreifend für die Bewertung der in der Dynamik und Not der Corona-Krise de facto eingeschränkten Bürgerrechte, welche auch die damalige Kanzlerin Merkel (2020) als eine »demokratische Zumutung« beschrieb – ebendiese Zumutung bildet den zentralen Nenner der von uns untersuchten Gruppen. Ihr Protest gegen die Coronamaßnahmen war (und ist) in einem demokratischen System natürlich grundsätzlich ein gleichermaßen legitimer wie normaler Vorgang – ebenso wie dessen kritische Diskussion und Zurückweisung etwa durch Politik, Medien oder Zivilgesellschaft. Die Anti- beziehungsweise Post-Corona-Proteste haben dabei klassische Funktionen von politischen Protesten und Bewegungen erfüllt (vgl. Nassehi 2020): die aus der Pandemie erwachsenen gesellschaftlichen Konflikte politisch zu mobilisieren und öffentlich sichtbar zu machen – auch wenn sie zu deren politischer Organisation, Institutionalisierung und Reprä-

sentanz weniger beizutragen vermochten. Die spezifische Prägung und Entwicklung dieser Bewegung ergibt sich indes vor allem aus der subjektiven Erfahrung der späteren Aktivist:innen, in der pandemischen Konstellation mit großen Härten und Restriktionen sowie Ablehnungen und Ausgrenzung konfrontiert gewesen zu sein.

Vor diesem Hintergrund ist abschließend zu fragen, was die nun angestoßene systematische Aufarbeitung wenn auch nicht unmittelbar von, so doch über die Post-Corona-Proteste lernen kann. Zunächst zeigt sich an den untersuchten Gruppen, wie stark und grundlegend sich die Einschränkungen demokratischer Bürgerrechte – insbesondere der Versammlungsfreiheit – vor allem auf diejenigen Personen ausgewirkt haben, die dies als Ausgrenzung und Repression persönlich erfahren oder zumindest intensiv empfunden haben. Anders als große Bevölkerungsteile, welche die Pandemie-Politik gestützt, akzeptiert oder zumindest ertragen haben, hat der Bruch mit demokratischen Freiheiten und Rechten während der Coronakrise bei den untersuchten Aktivist:innen ein fundamentales und dauerhaftes Misstrauen nicht nur gegenüber den konkret verantwortlichen politischen Akteuren, sondern auch den demokratischen Institutionen und Verfahren als solchen erzeugt. Verbunden mit dem individuell erfahrenen und kollektiv beantworteten Erleben von Repression wurde überdies eine ideologische und rhetorische Radikalität entfacht, die sowohl durch ihre gesellschaftliche sowie politische Kritik und Ausgrenzung von außen als auch durch ihre beständige Erinnerung von innen fortwährend bestärkt und gefestigt wurde.

Diese Dynamik sowie die Reaktion der verbliebenen Aktivist:innen verweist beispielhaft auf Polarisierungsdynamiken, die durch gehäufte politische Krisenentwicklungen in den letzten Jahren in verschiedenen politischen Kontexten und Debatten zu beobachten waren (vgl. Reuschenbach/Frenzel 2024). Zahlreiche Aktivist:innen haben dabei eine Entwicklung vollzogen, deren Ambivalenz im erhitzten Streit über die politische Bewertung der Corona-Politik leicht übersehen wurde und wird. Sie haben sich zwar vom System der liberalen und repräsentativen Demokratie merklich distanziert, reklamieren dabei aber zugleich und vehement, gerade für diejenigen demokratische Werte und Prinzipien

zu streiten, die ihnen vorenthalten und die in der Pandemie vom Staat verletzt und beschädigt worden seien. Ihr Aktivismus ist insgesamt kein konventioneller Einsatz *für die Demokratie* in ihrer aktuellen Form; sie selbst verstehen ihn allerdings als Ringen *um die* Demokratie. Dabei weichen ihre populistisch und identitär geprägten Demokratievorstellungen deutlich vom bundesdeutschen Repräsentationsmodell ab (siehe Kapitel 9).

Fraglos fordert die verfestigte populistische Kritik der Gruppen die repräsentative Demokratie inhaltlich heraus. Die Demonstrierenden bezweifeln die Legitimität und Funktionalität demokratischer Repräsentation und Institutionen, die sie gleichzeitig zu restaurieren und zu überwinden versuchen, ohne jedoch ein klares Reform- oder Alternativkonzept entwickelt zu haben. Sie wollen das Volk nicht mehr durch die als korrupt angesehenen politischen Eliten und Parteien regiert sehen und versuchen, die aus ihrer Sicht beschädigten Grundlagen von Demokratie in ihrem gesellschaftlichen Nahfeld wiederherzustellen. Zugleich entwerfen die Gruppen jedoch kaum Ideen, wie die Politik im Großen besser funktionieren könnte (siehe Kapitel 7).

Auch in Bezug auf liberaldemokratische Prinzipien ist eine Ambivalenz festzustellen. Auf der einen Seite fordern die Gruppen, politische Freiheiten und Rechte der Bürger:innen zu stärken sowie Akteure und Institutionen der Demokratie schärfer zu kontrollieren. Auch die – in der eigenen Ausgrenzungserfahrung wurzelnden und hartnäckig verfolgten – Aktions- und Dialogformen verweisen in ihrem Kern auf eine Wahrnehmung und Anerkennung von gesellschaftlicher Diversität und Pluralismus. Auf der anderen Seite werden diese demokratischen Eigenheiten der Gruppen durch ihre unkritische Offenheit, Zusammenarbeit, Solidarität und Vernetzung mit teils offen anti-demokratischen Akteuren deutlich infrage gestellt.¹ Der von vielen Gruppen gepflegte

1 Der Rechtsradikalismusforscher Pirro weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass »wherever present, extreme-right elements are constitutive parts of the whole; these elements should be brought to the fore to grasp the essence of these collective actors and get this phenomenon right« (2023: 108).

antielitäre und verschwörungsideologische Furor sowie ihre verhärteten Feindbildkonstruktionen und Rhetoriken werfen zugleich Zweifel auf, ob die von ihnen reklamierten politischen Grund- und Freiheitsrechte nur für sie oder auch für ihre politischen Gegner:innen gelten sollen, etwa für politische Gegenproteste oder kritisierte Milieus und Minderheiten (vgl. Pirro 2023: 104).

Die aus ihrer Prägung und Entwicklung erwachsene ambivalente Beziehung zur Demokratie macht den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit Post-Corona-Protesten seit jeher schwierig. Dies verweist zugleich auf Fragen nach möglichen und geeigneten Umgangsweisen mit Krisenprotesten im Allgemeinen. In deren Beantwortung sind sich die Autor:innen dieses Bandes untereinander nicht völlig einig, dennoch sollen zentrale Fragen, Probleme und Herausforderungen sowie Antwortmöglichkeiten abschließend illustriert und Anknüpfungspunkte für weitere Diskussionen skizziert werden.

Fraglos ist, dass die außergewöhnliche Situation der Corona-Pandemie Demokratien vor gravierende Dilemmata gestellt hat. Trotz großer Unsicherheiten musste der Bevölkerungsschutz gegen andere Güter unter hohem Zeitdruck abgewogen werden, zu denen politisch auch drastische Grundrechtseinschränkungen gehörten. Vor diesem Hintergrund erschwerten die schon früh stark ausgeprägten Gegen- und Extrempositionen der Anti-Corona-Proteste mitsamt ihrer rigiden Politik- und Systemkritik einen offenen politischen Austausch. Nach der Pandemie wiederum blockierten die von zahlreichen Post-Corona-Gruppen kultivierten populistischen Feindbilder, Verschwörungserzählungen und Verbindungen zu rechtsradikalen Akteuren eine politische Auseinandersetzung mit ihren Forderungen. Obwohl letzteres im Zuge der nun angelaufenen Corona-Aufarbeitung zumindest denkbar geworden ist, verhalten die von den Gruppen entwickelten Angebote zu Austausch und Dialog politisch weithin. Die verfestigte Distanz zwischen Politik, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft auf der einen und den Protestgruppen auf der anderen Seite macht es unwahrscheinlich, dass die Bewegung ihren Status der Paria-Bewegung (vgl. Heinze/Weisskircher 2023) ablegen kann.

Angesichts der anhaltenden und schwer zu überwindenden Polarisierung der postpandemischen Konstellation richtet sich der Blick nunmehr auf Akteure und Dynamiken zukünftiger Krisenproteste. Wie insbesondere mit Polarisierung oder auch Radikalität und Radikalisierung umzugehen ist, lässt sich pauschal jedoch nicht beantworten. Mögliche Ansätze bestehen grundsätzlich im Ignorieren, in der Einbindung und der Bekämpfung radikaler Akteure und Positionen (vgl. Schellenberger 2011). Welche Option im Fall von Krisenprotesten möglich, sinnvoll und effektiv ist, hängt fallspezifisch sowohl von den Eigenheiten und Radikalisierungsgraden der jeweiligen Gruppen selbst als auch jenen der sie umgebenden politischen Kulturen und Akteure ab (vgl. Mudde 2019). Überdies können Charakter und Dynamik von Krisenprozessen natürlich höchst unterschiedlich ausfallen, wie anhand der Konstellation der Corona-Krise exemplarisch herausgearbeitet wurde (siehe Kapitel 9).

Die Suche nach einer Antwort auf die Kardinalfrage nach dem Umgang mit Krisenprotesten bleibt damit kontrovers. Wie sowohl der historische als auch der vergleichende Blick zeigt, ist die Existenz radikaler Proteste in Demokratien keine Seltenheit. Zudem können oder wollen nicht alle Protestgruppen überhaupt politisch (re-)integriert werden. Zugleich ist auf mögliche Folgen des Umgangs hinzuweisen. So hebt etwa die Bewegungsforschung hervor, dass politische Ausgrenzung und juristische Repression auch und gerade in Ausnahmesituationen eine Schließung, Verhärtung und Radikalisierung von Protestgruppen befördern können (vgl. Della Porta 2018). Wie auch unsere Analyse illustriert, sind Protestgruppen am Ende derartiger Schließungsprozesse in ihrer verhärteten Systemkritik von etablierten Politiker:innen und Parteien kaum mehr zu erreichen. Eine Hinwendung zu populistischen Alternativen dagegen wird wahrscheinlicher. So weisen jüngste Untersuchungen des Post-Corona-Spektrums in Niedersachsen inzwischen auf eine zunehmende Orientierung zur AfD hin (Helmer/Buro/Jaensch i. E.).

Diese Entwicklung, wie auch das im Bundesland massiv gesunkene Vertrauen in demokratische Institutionen und Akteure in der Gesamtbevölkerung (Harfst et al. 2023; Harfst et al. i. E.), gibt Anlass, über

den Umgang mit Protesten als mögliche Seismografen gesellschaftlicher Konflikte intensiver zu reflektieren. Hierbei können Protest- und Bewegungsforschung eine große Hilfe sein. Analysen, die nicht nur eine politische Einordnung von außen vornehmen, sondern auch die Eigenheiten und Dynamiken von Protesten aus ihrem Inneren heraus verstehen, eröffnen verschiedene Optionen: So kann der Blick auf Entstehung und Prägungsgeschichte nicht nur dabei helfen, die Motive und Anliegen der Bewegung selbst, sondern auch die Resonanz ihrer Deutungsmuster in der Gesellschaft genauer zu verstehen und zu beantworten. Zudem lassen sich – orientiert an der Kultur, Organisation und Ideologie von Protesten – gegebenenfalls passende Mittel und Methoden finden, um deren Schließungs- und Radikalisierungsprozessen zu begegnen. Eine Möglichkeit könnte hier in einer aktivieren politischen Konfliktaushandlung liegen, etwa durch eine stärkere symbolische Wahrnehmung und Anerkennung von Protestanliegen, ohne Letztere dabei übernehmen zu müssen.

Ob derartige Ansätze funktionieren, sich als sinnvoll und effektiv erweisen, lässt sich letztlich nur im Austausch zwischen Theorie und Praxis klären. Der Umgang mit Krisenprotesten bleibt für die krisengebeutelten Gegenwartsdemokratien jedenfalls ein ebenso relevantes wie herausforderndes Thema.